

# Europas Probleme mit der Energie-Sicherheit lassen den Kontinent im Kalten stehen

geschrieben von Chris Frey | 7. Dezember 2021

[Emily Holland](#)

Commentary

In diesem Winter könnten in Europa die Lichter ausgehen. Der Kontinent sieht sich mit einer schweren Energiekrise konfrontiert, die zu einer sehr kalten und dunklen Weihnachtszeit auf dem gesamten Kontinent führen könnte. Die Erdgaspreise sind [fünfmal](#) so hoch wie vor einem Jahr, was auf einen starken Anstieg der Nachfrage nach der Pandemie, einen kälteren Frühling als üblich, einen erhöhten und unerwarteten Verbrauch in Asien sowie die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union selbst zurückzuführen ist. Infolgedessen sind die Speicherkapazitäten [gering](#), und Staaten in ganz Europa könnten mit Gasmangel oder möglichen Stromausfällen konfrontiert werden.

Im vergangenen Monat hatte die Republik Moldau den Notstand ausgerufen, nachdem ihr Gasvertrag mit dem staatlich kontrollierten russischen Gaskonglomerat Gazprom, dem wichtigsten Erdgaslieferanten Europas, im September ausgelaufen war. Gazprom drosselte die Lieferungen an die Republik Moldau um ein Drittel, bis ein neuer Vertrag und eine Vereinbarung über die Begleichung von Rechnungen erreicht werden konnte. Da der Gasdruck [gefährlich niedrig](#) war, ersuchte Moldawien die Europäische Union um Soforthilfe – obwohl es kein EU-Mitglied ist – und erhielt [60 Millionen Euro](#) zur Bewältigung der Krise. Polen und die Ukraine, die sich beide als Opfer von Gazproms schraubstockartigem Griff auf Europa betrachten, eilten Chisinau zu Hilfe und sagten zu, zusätzliche Mengen zu verkaufen. Doch weniger als zwei Tage später schloss die Republik Moldau einen neuen [Fünfjahresvertrag](#) mit Gazprom ab, der sowohl die Energieabhängigkeit des Landes von Russland als auch seine politischen Beziehungen zu diesem Land verstärkt.

Ein Dringlichkeitsgipfel der Europäischen Union zur Bewältigung der Krise hat die Gräben zwischen den Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Energieinteressen vertieft. Als die Gaspreise in den letzten zehn Jahren fielen, versuchten einige europäische Staaten, aus langfristigen Erdgasverträgen mit Russland [auszusteigen](#), während andere ihre Handelsbeziehungen [vertieften](#) – was die unionsweiten Bemühungen um eine Energiereform ins Stocken brachte und das Risiko von Marktschwankungen erhöhte. Weitere [Meinungsverschiedenheiten](#) über die Klimapolitik der Europäischen Union und die Nord Stream 2-Gaspipeline von Gazprom haben das Thema Energiesicherheit noch komplizierter gemacht. Die europäische

Energiesicherheit ist aufgrund der strukturellen Verflechtung mit Russland seit langem ein großes Problem: Europa ist in Bezug auf [mehr als ein Drittel](#) seines Energiebedarfs von Russland abhängig, und Europa ist der profitabelste Kohlenwasserstoffverbraucher Russlands gewesen.

Energie steht an der Nahtstelle zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Ein sicherer und ununterbrochener Zugang zu Energie ist für alle Aspekte der Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung und ermöglicht nahezu jede Funktion des Militärs. Energie ist seit mehr als einem Jahrhundert eine wichtige Triebkraft von Konflikten und eine strategische Überlegung bei der Kriegsführung, aber zwischen 1970 und 2010 ist die Energieintensität von Konflikten um das [Sechzehnfache](#) gestiegen. Die europäischen Gaskrisen von 2006 und 2009 haben die Verwundbarkeit der NATO deutlich gemacht. In den letzten Jahren hat Russland eine Reihe hybrider [Drohungen](#) gegen kritische Energieinfrastrukturen und -anlagen in NATO-Mitgliedstaaten (Polen, Türkei, UK und Vereinigte Staaten) und NATO-Partnern (Ukraine) eingesetzt.

Unsichere Energieversorgung kann tiefgreifende Auswirkungen auf die Sicherheitslage haben. Europa hat festgestellt, dass es keinen einfachen Weg zur Energiesicherheit gibt, und kurzfristige Lösungen für die Energiekrise (z. B. die Unterzeichnung langfristiger Verträge für zusätzliche Mengen russischen Gases) können längerfristige Ziele untergraben. Die derzeitige Krise unterstreicht das größte Problem der europäischen Energiesicherheitsfrage: Europas divergierende Interessen blockieren eine einheitliche Agenda, was die europäische Verhandlungsmacht schwächt und die Union unsicherer macht. Da der Gashandel bilateral und nicht auf EU-Ebene abgewickelt wird, nutzt Russland die Spaltung Europas aus, indem es Staaten mit geringerer relativer Verhandlungsmacht bestraft und seine besten Verbraucher belohnt. Nichtsdestotrotz sollten Europa und die Vereinigten Staaten Maßnahmen ergreifen, um die unmittelbare Krise zu lindern und gleichzeitig die längerfristige Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber dem russischen Energiezwang zu stärken. Diese Maßnahmen, einschließlich einer größeren Flexibilität bei umweltfreundlichen Initiativen, einer Neubewertung der Kernenergie und einer Verbesserung der Energieinfrastruktur zwischen den Staaten, können eine übel schmeckende, aber lebensrettende Medizin sein.

### **Europas (jüngste) Gas-Krise**

Obwohl die Republik Moldau eine Energiekatastrophe abwenden konnte, ist die diesjährige europäische Energiekrise noch lange nicht vorbei. Europa geht in die Wintersaison mit weniger Gas in den Lagern als üblich, höheren Preisen und einem knapperen globalen Angebot. Infolgedessen zahlen die Haushalte bereits höhere Preise, und einige energieintensive Industrien, insbesondere in Osteuropa, waren gezwungen, ihre Produktion zu [drosseln](#). Die Ukraine befindet sich in einer besonders schwierigen Lage und könnte mit einer ernsthaften [Verknappung](#) von Erdgas und Kohle

konfrontiert werden, was zu Stromausfällen führen könnte. Die Beziehungen zu Moldawien und der Ukraine werden über die Europäische Nachbarschaftspolitik gestaltet und sind daher ein wichtiger Aspekt der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Litauen, Polen und andere haben Russland [beschuldigt](#), die Gasmärkte zu manipulieren, um die Preise in die Höhe zu treiben, und haben die Europäische Kommission aufgefordert, eine Untersuchung der Marktpraktiken von Gazprom in Europa einzuleiten. Pawel Majewski, der Vorstandsvorsitzende des polnischen Versorgungsriesen PGNiG [erklärte](#), die Situation in Moldawien sei „ein Beweis für das, was wir schon seit vielen Monaten sagen: dass die Interessen des wichtigsten Gaslieferanten aus dem Osten leider hart durchgesetzt werden. Gazprom ist kein Freund der EU“.

Die Reaktion Russlands auf die Energiekrise war lauwarm: Obwohl Putin Behauptungen [zurückwies](#), der Kreml würde Energie als Waffe einsetzen, wartete er bis sehr spät in der Saison, um mit dem Auffüllen der europäischen Gasspeicher zu beginnen. Gazprom kündigte außerdem an, im nächsten Jahr keine [zusätzlichen Transportkapazitäten](#) durch bestehende ukrainische und polnische Pipelines zu buchen, und signalisierte damit seine Absicht, die endgültige Genehmigung für Nord Stream 2 abzuwarten, die sich nun bis frühestens Frühjahr 2022 verzögert. Putin bot außerdem an, sofort mehr Gas an die Europäer zu verkaufen, wenn diese zusätzliche Mengen über die von Gazprom bevorzugten langfristigen Verträge buchten. Im September tat Ungarn genau das und unterzeichnete einen verbindlichen [15-Jahres-Vertrag](#) für russisches Erdgas, das über die Turk-Stream-Pipeline von Gazprom geliefert wird, womit es die traditionelle Transitroute durch die Ukraine umgeht und dieses Land somit wertvolle Transitgebühren einbüßt. Dies verärgerte viele osteuropäische Staaten und veranlasste das ukrainische Außenministerium zu der [Behauptung](#), Budapests „rein politische, wirtschaftlich unvernünftige Entscheidung“ sei „zum Nachteil der nationalen Interessen der Ukraine und der ukrainisch-ungarischen Beziehungen“ getroffen worden.

## **Europas und Russlands unangenehme gegenseitige Abhängigkeit**

Lange vor dem Aufkommen von verflüssigtem Erdgas wurde der europäische Gasmarkt mit einer Pipeline-Infrastruktur aufgebaut, die Russland mit seinen europäischen Abnehmern verbindet und sowohl Russland als auch Europa in gegenseitige Abhängigkeit bringt: Europa ist auf Russlands Kohlenwasserstoffe angewiesen, und die russische Wirtschaft ist ihrerseits in hohem Maße von den Einnahmen aus dem Verkauf der Ressourcen abhängig. Die Gas- und Öleinnahmen machen im Durchschnitt [40 Prozent](#) des Jahreshaushalts der Russischen Föderation aus. Im Gegensatz zu Erdöl ist Erdgas jedoch leicht entflammbar, steht unter Druck und ist schwer zu handhaben und zu transportieren, was traditionell eine feste Infrastruktur, langfristige Investitionen und eine Punkt-zu-Punkt-Lieferung erfordert. Diese wechselseitige Abhängigkeit erklärt, warum Russland durch seine Ressourcen sowohl mächtiger als auch eingeschränkt

wird.

Diese Krise findet vor dem Hintergrund eines entscheidenden Ziels der russischen Außenpolitik statt: der Genehmigung der Nord-Stream-2-Pipeline von Gazprom, die die wichtigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Deutschland stärkt und gleichzeitig die Rolle der Ukraine als Gastransitland schwächt. Putin war zu Recht verärgert über die **Drohungen** des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, als Reaktion auf die Sanktionen der Europäischen Union den Gastransit nach Europa zu unterbrechen – Gazprom hat einen Großteil der letzten zwei Jahrzehnte damit verbracht zu zeigen, dass es ein **zuverlässiger** und unpolitischer Erdgaslieferant für Europa ist. Zugleich will Putin Europa zeigen, dass direkte Pipelines sicherer sind.

Die beiden ukrainischen Gaskrisen von 2006 und 2009 zeigen dieses Dilemma sowohl für Russland als auch für Europa. Sowohl 2006 als auch 2009 führten Gaspreisstreitigkeiten zwischen Kiew und Moskau dazu, dass langfristige Gasverträge nicht vorzeitig verlängert wurden, was Russland dazu veranlasste, die durch ukrainische Transitpipelines geleiteten Gasmengen zu reduzieren. Nachdem Russland die Ukraine beschuldigt hatte, für europäische Verbraucher bestimmtes Gas zu stehlen, drehte Gazprom den Gashahn ganz zu, was zu einer **humanitären Krise** auf dem Balkan führte, als keine Energie zum Heizen von Häusern oder zur Stromerzeugung für Krankenhäuser verfügbar war.

Diese Ereignisse rückten die europäische Energiesicherheit in den Vordergrund der politischen Agenda und führten zur Umsetzung des **dritten Energiepakets** der Europäischen Union im Jahr 2009, mit dem die Gasmärkte liberalisiert und die Möglichkeiten Russlands, Energie als Waffe einzusetzen, verringert werden sollten. Die wichtigste Auswirkung des dritten Energiepakets bestand darin, das Monopol von Gazprom auf dem europäischen Gasmarkt zu brechen, indem die Trennung der Energieversorgung und -erzeugung vom Betrieb der Übertragungsnetze erzwungen wurde. Diese Gesetzgebung zwang Gazprom, seine Marktstrategie zu übernehmen, die bis dahin in der vertikalen Integration der gesamten Energiekette der nachgelagerten Verbraucher bestand. Einige Staaten, darunter Litauen, haben Gazprom gezwungen, seine Anteile an ihren Fernleitungsnetzen zu verkaufen, während andere, wie Moldawien, von dieser Verantwortung abgewichen sind und Gazprom noch mindestens ein Jahr lang als Monopolist weiterarbeiten lassen.

### **Europäische Energie-Uneinigkeit**

Das dritte Energiepaket hat zwar den Einfluss von Gazprom verringert, aber wenig dazu beigetragen, die divergierenden Interessen Europas im Energiebereich anzugehen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Russland die den Gasverkauf regelnden bilateralen Verträge ausgenutzt und schwächeren, energiearmen Staaten, die keinen Zugang zu alternativen Lieferquellen (Häfen für flüssiges Erdgas oder sogar alternative Energiequellen wie Kernkraft) haben, große Zugeständnisse abverlangt.

Gleichzeitig unterhielt Gazprom eine vertrauensvolle Beziehung zu Deutschland, seinem [profitabelsten](#) Abnehmer, dessen Gasnachfrage stieg, als es als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Fukushima seine Abhängigkeit von der Kernenergie verringerte. Im Jahr 2020 entfielen mehr als [26 Prozent](#) der Gesamtexporte von Gazprom außerhalb der ehemaligen Sowjetunion auf Deutschland.

Weitere Bemühungen der Europäischen Union, den undurchsichtigen Erdgasmarkt transparenter zu machen, stießen auf den Widerstand Deutschlands, Ungarns und anderer Staaten, die eine vorgeschlagene Initiative zur Veröffentlichung bilateraler Erdgasverträge [ablehnten](#). Diese Staaten, die sich für die Beibehaltung langfristiger Verträge mit Gazprom entschieden haben, argumentierten, dass diese Verträge vertrauliche „wirtschaftlich sensible“ Informationen enthielten, die geschützt bleiben müssten. Moskaus „Teile und herrsche“-Ansatz hat dazu geführt, dass die Korruption in der Industrie entlang der gesamten Energiewertschöpfungskette gedeihen konnte, wovon die Eliten in den europäischen Staaten [profitierten](#), die an den russischen Energieexporten beteiligt waren. Die Energiekorruption in der Ukraine war so weit verbreitet, dass sie zur Maidan-Revolution, zur Annexion der Krim und zum anhaltenden Krieg in der Ostukraine [beitrug](#).

Die jüngste Krise offenbart auch das Spannungsfeld, in dem sich die Energiepolitik der Europäischen Union befindet, nämlich zwischen der Sicherheit der Energieversorgung einerseits und den Bemühungen um die Dekarbonisierung andererseits. Die Europäische Union hat ihre Mitglieder unter Druck gesetzt, den Kohleverbrauch bis [2050](#) im Einklang mit den Ergebnissen des jüngsten [COP26-Gipfels](#) auslaufen zu lassen und sich bei der Stromerzeugung stärker auf Erdgas zu verlassen. Davon waren die osteuropäischen Mitgliedstaaten, die ohnehin schon am stärksten von russischen Lieferungen abhängig waren, unverhältnismäßig stark betroffen. Die Staaten vor die Wahl zu stellen, zwischen einem sicheren Zugang zur Energieversorgung und zunehmend existenziellen Umweltfolgen zu wählen, war keine erfolgreiche Politik. Die Europäische Union drängte die Entwicklungsländer auch dazu, sich vom Kohleverbrauch abzuwenden, und machte sie so zu Konkurrenten um Flüssiggaslieferungen aus Katar und den Vereinigten Staaten. Dies war unerwartet und deutlich zu spüren, als die Gasnachfrage in Asien [stark anstieg](#), als die Volkswirtschaften sich von der Pandemie erholten.

Der fehlende Konsens in Energiefragen macht Europa unfähig, als einheitlicher Block zu handeln, und ist sein größtes Hindernis auf dem Weg zu mehr Energiesicherheit. Gazprom hat in den frühen 2000er Jahren gelernt, dass bilaterale Gasverträge vorteilhaft sind, weil sie kollektive Verhandlungen untergraben und eine effektive Geiselnahme erleichtern. Während Polen und Litauen in den frühen 2010er Jahren gezwungen wurden, [exorbitante](#) Gaspreise zu zahlen, [ignorierten](#) größere Staaten wie Deutschland und Frankreich ihre Bitten, um die profitable Beziehung zu Russland nicht zu gefährden.

Die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über Nord Stream 2 sind ein Beweis dafür, dass diese Uneinigkeit die europäische Energiesicherheit immer noch beeinträchtigt. Polen und die Ukraine, zwei der schärfsten Kritiker Russlands in der Region, haben wiederholt vor den Gefahren einer zunehmenden Abhängigkeit von russischen Energielieferungen gewarnt und argumentiert, dass mit der Genehmigung von Nord Stream 2 ein wichtiges [Abschreckungsmittel](#) gegen weitere russische Aggressionen in der Ukraine wegfällt. Bis auf Weiteres bleibt die Ukraine ein primärer Gastransitkorridor zu den europäischen Märkten, was die Kosten eines umfassenden Krieges in die Höhe treibt. Während die Gaspreise auf dem gesamten Kontinent in die Höhe schossen, schwieg Berlin, bis das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine [Bewertung](#) [des BMWi auf Deutsch] veröffentlichte, in der es erklärte, dass das Ministerium davon ausgeht, dass die Zertifizierung von Nord Stream 2 „die Sicherheit der Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union nicht gefährden wird“.

Während die entscheidende Kluft in der Energiefrage im Allgemeinen entlang der Ost-West-Spaltung verläuft, bedeuten die unterschiedliche Ausstattung mit Faktoren sowie die unterschiedlichen politischen Richtungen, dass selbst innerhalb Mittel- und Osteuropas tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie die Energiesicherheit am besten zu gewährleisten ist. Polen und Litauen haben die Diversifizierung weg von russischen Lieferungen angeführt, aber Ungarn hat sich dafür entschieden, seine Energieabhängigkeit durch die Vertiefung seiner Beziehungen zu Moskau zu managen, indem es ein günstiges [Gasabkommen](#) unterzeichnete und sich einen 11-Milliarden-Dollar-Kredit für den Bau eines Kernkraftwerks [sicherte](#).

### **Der Balanceakt zwischen Energie und Umwelt**

Nutznießer dieser Meinungsverschiedenheiten ist natürlich Moskau, das mit Vergnügen beobachtet hat, wie Europa es immer wieder versäumt, einen Konsens in Energiefragen zu erzielen. Der Oktobergipfel in Brüssel brachte nur wenige konkrete Ergebnisse zur Energiekrise und trug stattdessen dazu bei, die Spaltungen innerhalb des Blocks zu vertiefen. [Polen, Ungarn und die Tschechische Republik](#) forderten eine umfassende Überarbeitung des Klimaplanes der Europäischen Union und machten diesen als Hauptverursacher der Energiekrise verantwortlich. Diese großen politischen Unterschiede tragen zu der schizophrenen Russlandpolitik der Europäischen Union bei, die einerseits Sanktionen verhängt und andererseits ihr Engagement [verstärkt](#). Nichtsdestotrotz bietet diese jüngste Krise zusammen mit der anhaltenden Aggression Russlands gegenüber der Ukraine einen Ansatzpunkt für ein Engagement innerhalb des Westens, um die Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber der russischen Energiepolitik zu erhöhen. Angesichts der Uneinigkeit in Europa könnte dies eher bilaterale als unionsweite politische Initiativen erfordern.

Angesichts der Tatsache, dass Europa auf absehbare Zeit in einer wechselseitig abhängigen Energiebeziehung mit Russland gefangen bleiben

wird, gibt es mehrere politische Optionen, die jedoch alle mit Kompromissen verbunden sind. Kurz- und mittelfristig kommt es zu einem unglücklichen Zusammenstoß zwischen Energie- und Umweltproblemen. Um die Energiesicherheit ihrer Mitgliedstaaten und der gesamten europäischen Gemeinschaft zu gewährleisten, muss die Europäische Union möglicherweise erwägen, einige ihrer [ehrgeizigen Klimaregeln](#) zu ändern oder vorübergehend auszusetzen.

Die Energiekrise in der Ukraine ist ein Beispiel für diese schwierige Entscheidung: Die Ukraine wird wahrscheinlich mit Energieengpässen konfrontiert sein, die in diesem Winter zu [Stromausfällen](#) führen könnten. Der Westen könnte dies durch sofortige Kohlelieferungen verhindern, eine Politik, die den langfristigen Klimazielen widerspricht. Auch Polen, der größte Kohleproduzent in der Europäischen Union, muss seinen Kohleausstieg möglicherweise um mehr als ein Jahrzehnt [hinausschieben](#), um seinen Energiepuffer gegenüber Russland zu wahren. Diese kurz- und mittelfristige Lösung würde dazu beitragen, die Abhängigkeit der Ukraine und Polens von Russland zu verringern, steht aber im Widerspruch zu den grünen Initiativen der Europäischen Union.

Langfristig wird sich die Europäische Union mit ihren tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über die Kernenergie auseinandersetzen müssen, die sowohl die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen verringern als auch der Europäischen Union helfen könnte, ihre Klimainitiativen zu erfüllen. Sowohl Angela Merkel als auch die [neue](#) deutsche Regierung haben Deutschlands strikte Ablehnung der Kernenergie [bekräftigt](#) und argumentiert, dass die Kernenergie nicht als saubere Energie betrachtet werden sollte. Viele in Mittel- und Osteuropa sowie in Frankreich sind anderer Meinung, was eine einmalige Gelegenheit für [US-Kernkraftunternehmen](#) darstellt, Marktanteile zurückzugewinnen, die sie in den letzten Jahren an das russische Unternehmen Rosatom [verloren](#) haben.

Die Vereinigten Staaten wollen schon seit langem, dass sich Europa von der russischen Energie abwendet. Die [Ernennung](#) von Amos Hochstein zum Energiesicherheitsbeauftragten für Europa durch das Außenministerium unterstreicht dieses Ziel. Angesichts der Uneinigkeit Europas im Energiebereich könnte es sinnvoller sein, bilateral mit den Staaten zusammenzuarbeiten, die am anfälligsten für russische Zwänge im Energiebereich sind: Ukraine, Moldawien und [Südosteuropa](#). In diesen Staaten ist eines der größten Hindernisse auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit die endemische [Korruption](#) im Energiebereich, durch die sich mächtige Einzelpersonen auf Kosten der staatlichen Energiesicherheit bereichern. Dies ist keine schnelle oder einfache Lösung, aber sie ist entscheidend.

## **Aussichten**

Europa steht vor seiner größten energiepolitischen Herausforderung seit über einem Jahrzehnt. Diese Krise ist jedoch eine Chance für die

europäischen Staaten, gemeinsam oder zumindest bilateral mit den Vereinigten Staaten Pläne zu koordinieren, wie sie ihre Energiebeziehungen zu Russland gestalten können. Wenn es Europa nicht gelingt, sein Koordinationsproblem im Energiebereich zu überwinden, wird es dem russischen Druck weiterhin schutzlos ausgeliefert sein und die Bedrohung durch den Klimawandel nicht adäquat bewältigen können.

*Emily Holland, Ph.D., is an assistant professor in the Russia Maritime Studies Institute at the Center for Naval Warfare Studies, U.S. Naval War College. Dr. Holland studies energy politics, Russian and European foreign policy, U.S.-Russian relations, and populist movements in East-Central Europe and Russia. Her book project, "Poisoned by Gas" elucidates the relationship between foreign policy, domestic politics, and the natural gas trade in Europe and the post-Soviet space. The views expressed here are hers alone and do not express those of the Naval War College, the U.S. Navy, or the Department of Defense.*

Link:

[https://warontherocks.com/2021/11/europes-energy-security-problem-leaves-it-in-the-cold/?mc\\_cid=e49a453a4a&mc\\_eid=08ba9a1dfb](https://warontherocks.com/2021/11/europes-energy-security-problem-leaves-it-in-the-cold/?mc_cid=e49a453a4a&mc_eid=08ba9a1dfb) via GWPF-Newsletter

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

## **Faktum: Reporter instrumentalisieren normale Wettererscheinungen, um Klima-Ängste zu befeuern**

geschrieben von Chris Frey | 7. Dezember 2021

[Vijay Jayaraj](#)

Die Überzeichnung von Wetterereignissen, um die Klimakrise zu verkaufen, ist nichts Neues. Im Fall eines Berichts von Sky News über Überschwemmungen in einer indischen Stadt stehen meine eigenen Beobachtungen – die durch unabhängige Daten gestützt werden – im Widerspruch zu dem Bericht.

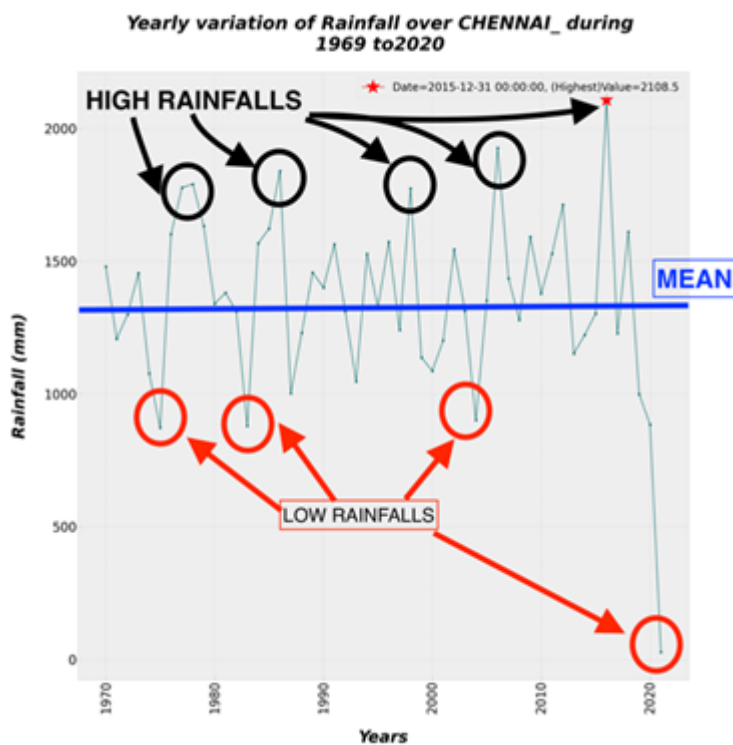
Chennai – die Hauptstadt meines Heimatstaates, früher bekannt als Madras – ist anfällig für Überschwemmungen, deren Ausmaß ich persönlich miterlebt habe. Als Chennai das letzte Mal überschwemmt wurde, entkam ich nur knapp, indem ich in letzter Minute aus der Stadt floh. Aber für mich macht dieses Trauma das Melodrama der Medien über die Rolle des

Klimas bei Überschwemmungen nicht besser verständlich.

Die Stadt ist anfällig für jährliche Überschwemmungen durch den starken Nordostmonsun in den Monaten Oktober bis Januar. Dies, gepaart mit schlechter Planung und der Zerstörung natürlicher Wasserwege, hat zu einem städtischen Alptraum geführt – häufige Überschwemmungen.

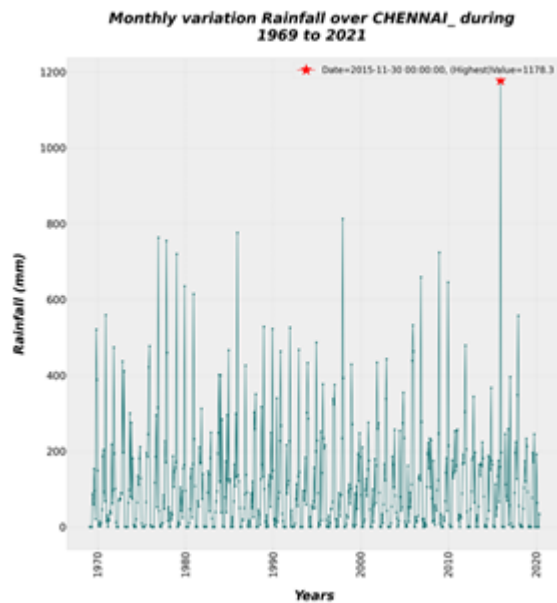
Der internationale Twitter-Bericht von Sky News ließ sich jedoch nicht durch Fakten von seinem Klima-Narrativ abbringen. „Im kniehohen Wasser [stehend](#)“ sagte der Reporter: „Wir wissen, dass wir als Folge der Erwärmung unseres Planeten radikalere und häufigere Wechsel bei extremen Wetterlagen erleben werden – von extremer Hitze zu extremem Regen.“

Abgesehen von einer massiven Überschwemmung im Jahr 2015 ist die Niederschlagsmenge in Chennai an der südöstlichen Küste Indiens seit 1969 relativ konstant geblieben. Die jährlichen Niederschlagsschwankungen (siehe Abbildung unten) zeigen, dass es in der Stadt sowohl Jahre mit starken als auch mit geringen Niederschlägen gab.



Datenquelle: Klimadaten-Service-Portal,  
Indian Meteorological Department (IMD).  
Bildnachweis: IMD & Vijay Jayaraj

Die monatlichen Daten für die Stadt zeigen auch die sporadische Natur der Niederschläge in der Stadt mit vielen niederschlagsreichen Monaten seit 1969. Dies bedeutet, dass heftige Regenfälle in der Stadt keine Seltenheit sind:



Monatliche Niederschlagsschwankungen seit 1969 in Chennai Datenquelle: Klimadaten-Serviceportal, Indian Meteorological Department (IMD).

Im Gespräch mit der Hindustan Times [sagte](#) ein Meteorologe: „Diese extremen Regenfälle sind auch in der Vergangenheit schon mehrmals aufgetreten. Sie sind nicht auf eine klimatische Veränderung zurückzuführen. Der Rekord für die höchsten Niederschläge in Chennai an einem einzigen Tag im November stammt noch aus dem Jahr 1976.“

Der Hauptgrund für die Überschwemmungen ist die ungeplante Ausdehnung der Stadt, die in natürliche Reservoirs eingedrungen ist und wichtige natürliche Abflüsse für Regenwasser blockiert hat. Dies ist eine wohlbekannt Tatsache, die durch Satellitenbilder bestätigt wird.

Ein [Bericht](#) der indischen Regierung aus dem Jahr 2020 mit dem Titel *Assessment of Climate Change over the Indian Region* (etwa: Bewertung des Klimawandels in der indischen Region) enthält eine umfassende Analyse verschiedener Faktoren, die das Klima im Land beeinflussen. Dem Bericht zufolge ergab eine mittelfristige Analyse der Häufigkeit von Wirbelstürmen im Becken des Nordindischen Ozeans eine Abnahme der Häufigkeit schwerer Wirbelstürme zwischen 1951 und 2018.

Die Daten mögen den Leser überraschen, weil die Mainstream-Medien – wie der Journalist von Sky News – regelmäßig behaupten, dass extreme Wetterereignisse in diesem Zeitraum aufgrund der anthropogenen Kohlendioxidemissionen zugenommen haben. Doch die Realität sieht ganz anders aus.

„Langfristige Beobachtungen (1891-2018) deuten auf einen signifikanten Rückgang der jährlichen Häufigkeit von tropischen Wirbelstürmen im Becken des Nordindischen Ozeans hin.“

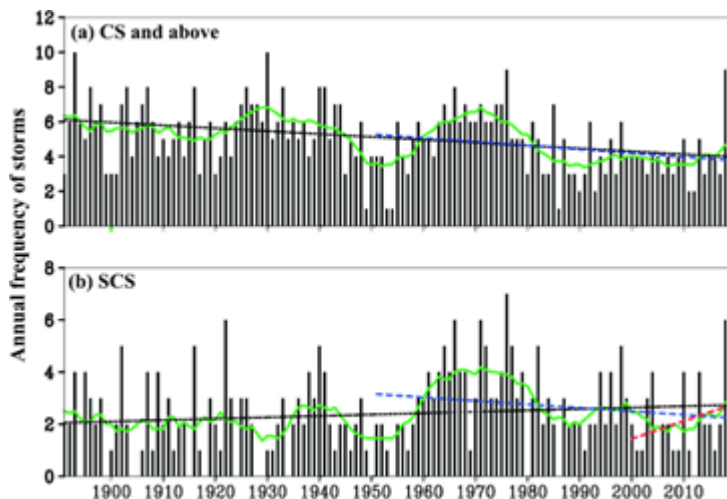


Abbildung: Jährliche Häufigkeit von Wirbelstürmen (CS) und schweren Wirbelstürmen (SCS) zwischen 1891 und 2016. Lineare Trendlinien sind durch gestrichelte Linien dargestellt – schwarz (1891-2018), blau (1951-2018), rot (2000-2018). Der 10-Jahres-Mittelwert ist durch eine durchgezogene grüne Linie dargestellt. Quelle: [Extreme Storms](#), Indian Meteorological Department, Govt. of India. Veröffentlicht am 13. Juni 2020

Darüber hinaus hat es in der Stadt seit 2004 keine signifikante Erwärmung mehr gegeben. Tatsächlich haben Satellitenmessungen eine globale Pause in der Erwärmung zwischen 2000 und 2020 aufgezeichnet, ein Trend, der auch in Chennai zu beobachten ist.

Niederschläge, Wirbelstürme und Temperaturen haben also keinen gefährlichen Anstieg in der Stadt Chennai gezeigt. **Dieser Fall**, in dem Sky News die Theorie der Klimakrise in ein normales Wetterereignis einwebt, **ist typisch für die Mainstream-Medien**. Entweder ging Sky News davon aus, dass seine internationalen Zuschauer die wahren Gründe für die Überschwemmungen nicht recherchieren würden, oder der Nachrichtensender kennt die Fakten selbst nicht.

**Wir empfehlen, Behauptungen über klimabedingte Wetterereignisse mit einer gesunden Portion Skepsis zu begegnen.** Vielleicht sollten Sie sich auch an verantwortungsvollere Quellen wenden, wie z. B. die CO2-Koalition, um Fakten zu erhalten.

[Hervorhebungen vom Übersetzer]

*Vijay Jayaraj is a Research Associate at the CO2 Coalition, Arlington, Va., and holds a master's degree in environmental sciences from the University of East Anglia, England. He resides in Bengaluru, India.*

*This piece was originally [published](#) at the CO2 Coalition. It is republished here with permission.*

Link:

<https://cornwallalliance.org/2021/12/the-facts-reporters-exploit-normal-weather-to-fan-climate-fear/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

# Steigende Preise für Lithium zerschlagen E-Fahrzeug-Träume

geschrieben von Chris Frey | 7. Dezember 2021

[Howard Mustoe](#)

Angesichts eines prognostizierten Anstiegs der Batteriekosten um 16 Prozent stehen die Fahrzeughersteller vor einer schwerwiegenden Entscheidung.

Während die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen im Zuge einer umweltfreundlicheren Wirtschaft zunimmt, haben Automobilhersteller weltweit mit steigenden Preisen zu kämpfen – von Halbleiterchips bis hin zu Kupfer und Aluminium.

Jetzt machen sich auch die Kosten für Lithium, ein Metall, das in jeder handelsüblichen Elektrobatterie enthalten ist, bemerkbar, da der [Mangel](#) an Förderkapazitäten das Angebot verknappt. Experten sagen, dass sich die Lage wahrscheinlich noch verschlimmern wird und mehr Investitionen in die Produktion erforderlich sind, um den Bedarf der Lieferkette für Elektrofahrzeuge zu decken.

Zwar gibt es Alternativen wie Natrium, doch sind diese noch einige Jahre von der Massenproduktion entfernt, und die Nachfrage wird weiter steigen. Die Erschließung neuer Minen dauert Jahre, während die Länder versprechen, den Verkauf von Benzin- und Dieselmotoren zu stoppen – im Falle Großbritanniens bis 2030.

Das Preis- und Analyseunternehmen *Benchmark Mineral Intelligence* schätzt, dass die Preise für Lithiumkarbonat die Produktionskosten für Elektrobatterien, insbesondere für Modelle für den Massenmarkt, um 16 Prozent oder mehr in die Höhe treiben könnten.

Der Preis für Lithiumcarbonat, das häufig für die Herstellung billigerer

Elektroautos verwendet wird, ist in diesem Jahr bisher um 289 Prozent auf etwa 24.000 US-Dollar pro Tonne gestiegen, während der Preis für Lithiumhydroxid, das in Motoren mit größerer Reichweite verwendet wird, nach Angaben von Benchmark um 192 Prozent auf etwa 26.000 US-Dollar pro Tonne gestiegen ist.

„Ich denke, dass der Preis noch weiter steigen wird“, sagt der Vorstandsvorsitzende Simon Moores. „Die langfristige Nachfrage nach Lithium ist gesichert; die Frage ist nur, wie viel man so schnell wie möglich aus dem Boden und in Elektrofahrzeuge bekommt.“

Von den beiden wird Lithiumkarbonat von den Herstellern von Elektrofahrzeugen immer häufiger verwendet, was die steigenden Kosten zu einem Problem macht. Es wird zur Herstellung von Lithium-Eisen-Phosphat-Batterien (LFP) verwendet, die kein Kobalt benötigen, ein Element, das größtenteils in der Demokratischen Republik Kongo vorkommt, wo der Abbau durch Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen belastet ist. Die Batterien gelten auch als sicherer, wenn auch mit geringerer Reichweite.

Tesla teilte seinen Kunden im Oktober mit, dass sie mehr LFP-Batterien in seinen Standardmodellen erwarten können.

Die Nachfrage wird in China angekurbelt, dem am schnellsten wachsenden Markt von Tesla und Standort einer seiner Gigafactories in Shanghai. Die Nachfrage kommt zu einem Zeitpunkt, an dem das asiatische Land versucht, seine Kohlenstoffbilanz aufzubessern und die Einführung von Elektroautos von Herstellern wie Nio und Xpeng voranzutreiben.

Weltweit stehen Autohersteller Schlange, um Milliarden von Pfund in die Elektrifizierung ihrer Flotten zu investieren, und alle werden Tausende von Tonnen Lithium benötigen.

---

## Lithium by numbers

---

**3**

Lithium's atomic number.  
It is the lightest metal.

**1817**

The year lithium was discovered by Swedish chemist Johan August Arfwedson.

**85 m**

The planet's lithium resources in tonnes.

**\$8k**

Average price of battery-grade lithium carbonate per metric tonne, in 2020 (about £5,800).

**63kg**

The estimated amount of lithium in the battery of a Tesla Model S car.

**6.5 m**

The number of electric cars expected to be on UK roads by 2030, according to an AA survey.

Im Juli verpflichteten sich Fiat und Vauxhall-Eigentümer Stellantis, in den nächsten vier Jahren 26 Milliarden Pfund in die Entwicklung von Elektrofahrzeugen und Software zu investieren, während Nissan letzte Woche 13 Milliarden Pfund für ein Programm zur Dekarbonisierung des Unternehmens bis 2050 zugesagt hat.

Ein limitierender Faktor für Batteriehersteller ist, dass eine Gigafabrik zwar in ein paar Jahren gebaut werden kann, aber sofort eine Metallquelle benötigt. Eine neue Mine **benötigt** jedoch fünf bis sieben Jahre, bevor die Produktion beginnen kann.

Die Mine muss auch eine bestimmte Qualität des Rohstoffs produzieren, was die Dinge weiter verlangsamen kann, so Moores von Benchmark.

Australien ist derzeit der größte Produzent, der nach Angaben des US Geological Survey (USGS) im Jahr 2020 fast die Hälfte des weltweiten Lithiums abbauen wird, während das zweitplatzierte Chile über die größten Reserven verfügt.

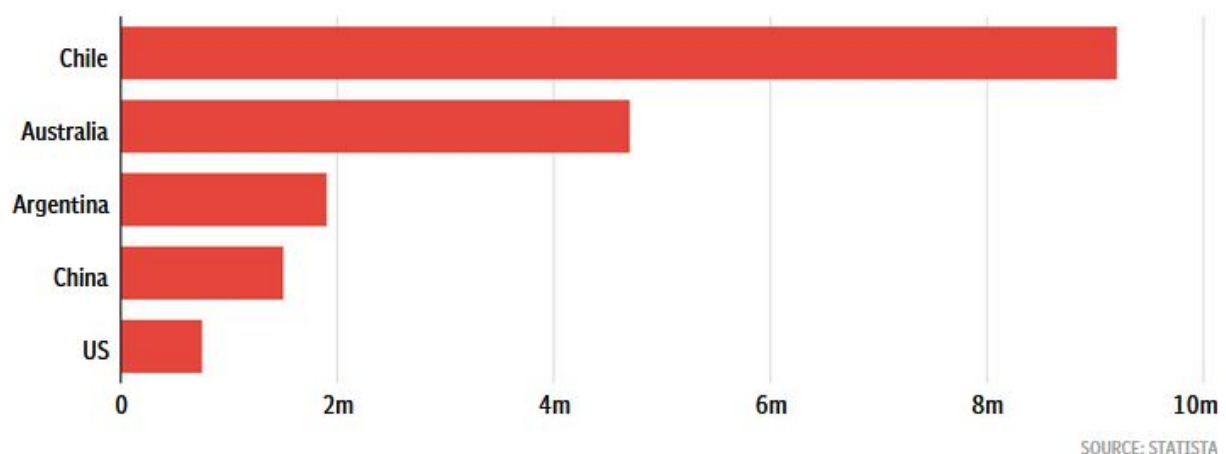
Lithium ist zwar nicht knapp – mit zunehmender Exploration werden immer mehr Reserven **gefunden** – aber die Kapazität, es aus dem Boden zu holen, ist begrenzt.

China, ein Top-10-Produzent mit den fünftgrößten Reserven, besitzt viele der Verarbeitungsanlagen, die das Metall zu Batterien verarbeiten. Mehr als 70 % des geförderten Metalls werden in Batterien verwendet, so der USGS.

Und mit dem steigenden Preis ist der Anteil von Lithium an den Kosten eines Autos seit Anfang des Jahres von 1,5 % auf 4 % gestiegen, so Moores.

### Countries with the largest lithium reserves worldwide as of 2020

*Metric tons*



Bislang werden die Verbraucher von den Preissteigerungen des Metalls verschont. Da die Gewinnspannen der Autohersteller jedoch immer mehr

unter Druck geraten, könnten die Käufer in den kommenden Monaten die zusätzlichen Kosten übernehmen.

Das liegt daran, dass viele Autohersteller langfristige Verträge mit Batterieherstellern und Lithiumverarbeitern abgeschlossen haben, allerdings nicht zu einem festen Preis, sagt Scott Yarham, Leiter der Preisgestaltung für Batteriemetalle bei S&P Global Platts.

„Ihr Engagement bei der Absicherung von Lithium steckt noch in den Kinderschuhen – und das Gleiche gilt für alle anderen Stufen der Lieferkette, die zum größten Teil noch keine Absicherungsmaßnahmen ergriffen haben“, sagte er.

Der Anstieg des Lithiumpreises ist jedoch nicht die einzige Sorge. Andrew Bergbaum, Partner und Automobilexperte bei der Beratungsfirma AlixPartners sagt, der Preisanstieg sei symptomatisch für ein breiteres Problem, mit dem die Autohersteller konfrontiert sind, da andere Komponenten unter Preissprüngen und Versorgungsengpässen leiden. Kupfer und Aluminium zum Beispiel erreichten im Frühjahr 10-Jahres-Höchststände.

„Der Preisanstieg bei Lithium dürfte sich zwar bis zu einem gewissen Grad auf die Autopreise auswirken, aber es gibt noch ein viel größeres Problem“, sagt er. „Die Batterie eines Elektrofahrzeugs enthält nur etwa 40-60 kg Lithium, aber die Preiserhöhungen, die wir bei einer breiteren Palette von Materialien beobachten, könnten die Kosten für ein Auto um Tausende in die Höhe treiben. Es war noch nie so wichtig wie heute, dass die Hersteller in der Lage sind, sich angesichts von Umwälzungen schnell umzustellen, und dass die Branche als Ganzes neue Wege zur Innovation findet.“

Obwohl Lithium die heutigen Autobatterien dominiert, ist es bei weitem nicht die einzige Lösung. Natrium, das im Meerwasser vorkommt, könnte die Abhängigkeit der Autoindustrie von diesem Metall verringern.

Die Natriumtechnologie könnte noch bis zu sieben Jahre von der Massenproduktion entfernt sein und Lithiumbatterien für billigere Autos ersetzen, meint Prof. David Greenwood, Experte für Batterieentwicklung an der University of Warwick, obwohl dies davon abhängt, wie viel in ihre Entwicklung investiert wird.

„Aus unserer Sicht ist Natrium-Ionen eine Chemie, in der das Vereinigte Königreich recht gut abschneiden könnte, die aber noch nicht ganz reif für die Massenproduktion ist“, sagt er. „Der Abbau von Lithium ist auf bestimmte Regionen beschränkt. Natrium ist viel billiger, viel nachhaltiger und hat nicht die geopolitischen Probleme, die damit verbunden sind“, da es für jeden erhältlich ist.

Prof. Greenwood fügt jedoch hinzu, dass Lithium bei der Herstellung von Premium-Langstreckenfahrzeugen wahrscheinlich die Nase vorn haben wird.

Solange aber keine brauchbare Alternative produziert wird, um die Engpässe zu beseitigen, oder die Bergleute nicht mehr aus dem Boden schöpfen, wird der Lithiumpreis wohl weiter steigen. Da sich die Nachfrage in dieselbe Richtung bewegt, drohen die Träume der Autohersteller von der Elektromobilität zu platzen.

Link:

[https://www.telegraph.co.uk/business/2021/12/02/rising-lithium-prices-risk-pushing-electric-car-dreams-road/?mc\\_cid=e49a453a4a&mc\\_eid=08ba9a1dfb](https://www.telegraph.co.uk/business/2021/12/02/rising-lithium-prices-risk-pushing-electric-car-dreams-road/?mc_cid=e49a453a4a&mc_eid=08ba9a1dfb)  
via GWPF-Newsletter

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

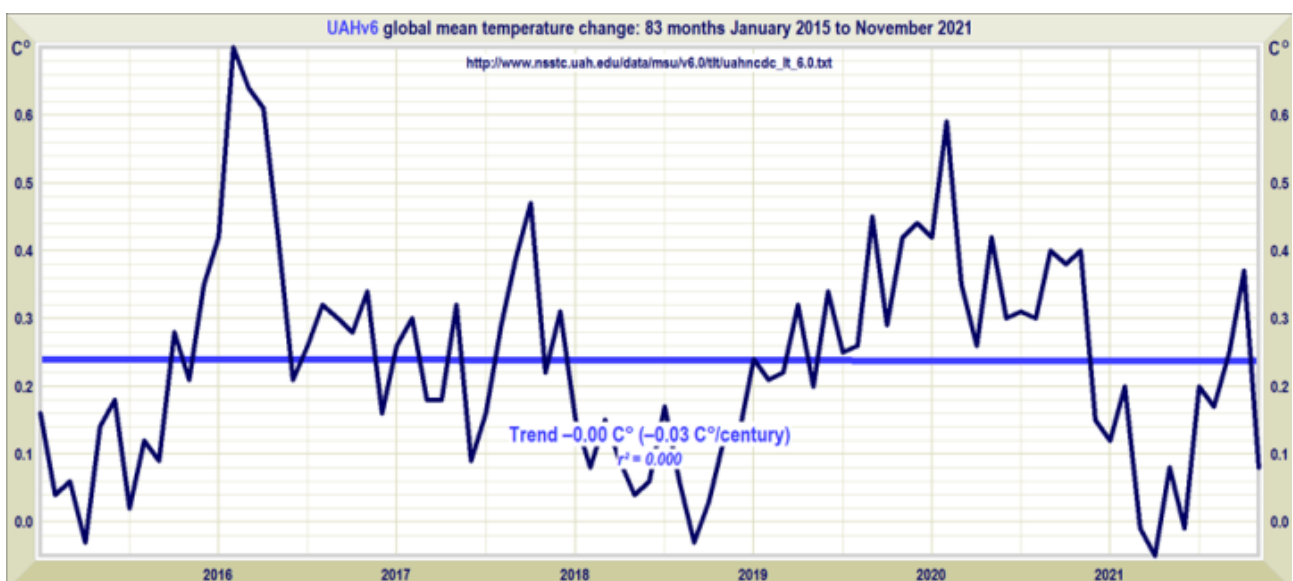
---

## Der Neue Stillstand verlängert sich um beachtliche drei Monate

geschrieben von Chris Frey | 7. Dezember 2021

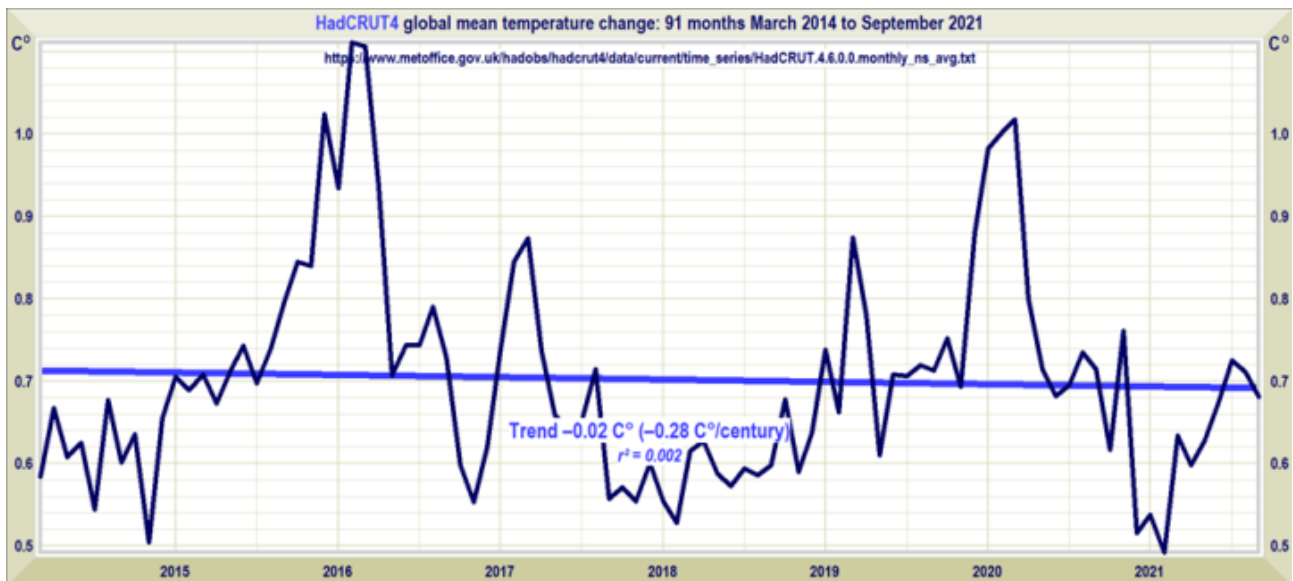
**Lord Christopher Monckton of Brenchley**

Die UAH-Daten zeigen, dass es seit Januar 2015 seit fast sieben Jahren keine globale Erwärmung mehr gegeben hat. Die neue Pause hat sich um drei Monate verlängert, was auf eine kleine „Double-Dip-La-Niña“ zurückzuführen sein könnte:



Die HadCRUT4-Daten zeigen, dass es seit fast acht Jahren, seit März 2014, keine globale Erwärmung mehr gegeben hat. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Zeitraum verlängern wird, sobald die HadCRUT-Daten

aktualisiert werden – die „Universität“ von East Anglia pflegt die Daten heutzutage langsamer als früher ein.



Letzten Monat schrieb ich, dass Pat Franks Arbeit aus dem Jahr 2019 mit dem Nachweis, dass Datenunsicherheiten eine genaue Vorhersage der globalen Erwärmung unmöglich machen, vielleicht die wichtigste ist, die jemals in den Fachzeitschriften zum Thema Klimawandel veröffentlicht wurde.

Diese Bemerkung veranlasste den Zirkel der hochbezahlten Trolle, die diese und andere wissenschaftlich skeptische Websites bevölkern, zu versuchen, Pat Frank und seine Arbeit anzugreifen. Mit großer Geduld und noch größerer Autorität schlug Pat – unterstützt von einigen beherzten WUWT-Stammgästen – die weinerlichen Trolle nieder. Die Diskussion war einer der längsten Threads, die je bei WUWT erschienen sind.

Es ist in der Tat unmöglich für Klimatologen, die globale Erwärmung genau vorherzusagen, nicht nur, weil – wie Pats Arbeit definitiv zeigt – die zugrunde liegenden Daten so unsicher sind, sondern auch, weil Klimatologen sich irren, indem sie die große Emissions-Temperatur-Rückkopplungs-Reaktion zu der eigentlich winzigen Rückkopplungs-Reaktion auf die direkte Erwärmung, die durch Treibhausgase erzwungen wird, hinzufügen und sie falsch zählen, als ob sie Teil davon wäre.

Im Jahr 1850 setzte sich die globale mittlere Oberflächentemperatur von 287 K aus 255 K Referenzsensitivität gegenüber der Sonneneinstrahlung ohne Albedo (die Emissions- oder Sonnentemperatur), 8 K direkter Erwärmung durch Treibhausgase und 24 K Gesamtrückkopplung zusammen (in runden Zahlen).

Ein Aufsatz nach dem anderen in klimatologischen Fachzeitschriften (siehe z. B. Lacis et al. 2010) geht von der irrigen Annahme aus, dass die 8 K Referenzsensitivität, die direkt durch vorindustrielle, nicht kondensierende Treibhausgase erzwungen wurde, die gesamten 24 K Rückkopplungsreaktion im Jahr 1850 erzeugte, und dass daher die 1 K

direkte Erwärmung durch verdoppeltes CO<sub>2</sub> eine Gleichgewichts-CO<sub>2</sub>-Sensitivität (ECS) von etwa 4 K erzeugen würde.

Auf dieser auffallend naiven Fehleinschätzung, die zu der Schlussfolgerung führt, dass die ECS zwangsläufig groß sein wird, beruht die derzeitige nicht fundierte Panikmache über den vermeintlichen „Klimanotstand“.

Der Fehler ist enorm. Denn die 255 K Emissions- oder Sonnenscheintemperatur machten 97 % der  $255 + 8 = 263$  K Erwärmung vor der Rückkopplung (oder Referenzempfindlichkeit) im Jahr 1850 aus. Daher waren in jenem Jahr 97 % der gesamten Rückkopplungsreaktion von 24 K – d. h. 23,3 K – eine Rückkopplungsreaktion auf die 255 K Sonnenscheintemperatur und nur 0,7 K eine Rückkopplungsreaktion auf die 8 K Referenzsensitivität, die durch vorindustrielle nicht kondensierende Treibhausgase erzwungen wurde.

Würde also das Rückkopplungsregime von 1850 heute fortbestehen (und es gibt guten Grund zu der Annahme, dass es fortbesteht, denn das Klima ist nahezu perfekt thermostatisch), wäre der Systemgewinnfaktor, das Verhältnis von Gleichgewichts- zu Referenztemperatur, nicht  $32 / 8 = 4$ , wie die Klimatologie bisher angenommen hat, sondern viel näher bei  $(255 + 32) / (255 + 8) = 1,09$ . Man muss die 255 K Sonnenscheintemperatur in den Zähler und den Nenner einbeziehen, aber die Klimatologie lässt sie weg.

Bei einer Referenzsensitivität von 1,05 K bei verdoppeltem CO<sub>2</sub> würde der ECS also nicht  $4 \times 1,05 = 4,2$  K betragen, wie sich die Klimatologie vorstellt (Sir John Houghton vom IPCC schrieb mir einmal, dass die Zurechnung des natürlichen Treibhauseffekts von 32 K der Grund für den großen ECS sei), sondern eher  $1,09 \times 1,05 = 1,1$  K.

Wenn jedoch der Systemgewinnfaktor heute im Vergleich zu 1850 nur um 1 % (von 1,09 auf 1,1) ansteigt, was möglich, aber keineswegs wahrscheinlich ist, würde der ECS nach der fehlerhaften Methode der Klimatologie immer noch 4,2 K betragen, aber nach der korrigierten Methode würde dieser 1 %ige Anstieg einen 300 %igen Anstieg des ECS von 1,1 K auf 1,1 ( $263 + 1,05$ ) –  $287 = 4,5$  K bedeuten.

# The effect of Their error of errors

System-gain factor in 1850	$32 / 8 \text{ K direct} = 4$	$(255+32) / (255+8) \text{ K} = 1.09$
Final warming by doubled CO <sub>2</sub> (ECS)	$4 (1.05) \text{ K direct} = 4.2 \text{ K}$	$1.09 (1.05) \text{ K direct} = 1.1 \text{ K}$
1% increase in the system-gain factor	$1.1 (255 + 8 + 1.05) - (255+32) = 4.5 \text{ K (+300\%)}$	

Und deshalb ist es völlig unmöglich, die globale Erwärmung genau vorherzusagen, ob mit oder ohne ein milliardenschweres Computermodell. Da eine Erhöhung des Systemverstärkungsfaktors um 1 % zu einem Anstieg des ECS um 300 % von 1,1 K auf 4,5 K führen würde und da keine der Dutzenden von Rückkopplungsreaktionen im Klima direkt gemessen oder mit einem brauchbaren Maß an Präzision (und schon gar nicht mit einer Genauigkeit von 1 %) zuverlässig geschätzt werden kann, ist die Ableitung der Klimasensitivität – genau wie es in Pat Franks Papier heißt – reines Rätselfraten.

Und deshalb sind diese langen Stillstände der globalen Temperatur immer wichtiger geworden. Sie geben uns einen weitaus besseren Hinweis auf die wahrscheinliche Geschwindigkeit der globalen Erwärmung als alle kostspieligen, aber unwirksamen und ungenauen Vorhersagen der Klimatologen. Und sie zeigen, dass die globale Erwärmung viel geringer und langsamer vor sich geht als ursprünglich vorhergesagt.

Wie Dr. Benny Peiser von der großartigen Global Warming Policy Foundation in seinem jüngsten Vortrag vor der Climate Intelligence Group (auf YouTube verfügbar) sagte, besteht eine wachsende Diskrepanz zwischen dem schreienden Extremismus der Klimakommunisten einerseits und der zunehmenden Vorsicht von Bevölkerungsgruppen wie den Schweizern andererseits, die einen Vorschlag zur Lähmung der nationalen Wirtschaft und zur Rettung des Planeten mit der vernünftigen und wissenschaftlich begründeten Begründung abgelehnt haben, dass die Kosten jeden legitim vorstellbaren Nutzen übersteigen würden.

Inzwischen haben sich die meisten Wähler selbst davon überzeugt, dass der Planet bei weitem nicht durch die weltweite Erwärmung gefährdet ist, sondern von ihr profitiert. Es gibt keinen Grund, irgendetwas gegen die

**globale Erwärmung zu unternehmen, außer sie zu genießen.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Da nun zweifelsfrei feststeht, dass die offiziellen Vorhersagen zur globalen Erwärmung noch unzuverlässiger sind als die Konsultation von Palmen, Teeblättern, Tarotkarten, Hexendoktoren, Schamanen, Computern, nationalen Wissenschaftsakademien, Schulkindern oder Tierinnereien, gibt es keinen Grund mehr, die westlichen Großindustrien eine nach der anderen zu schließen und ihre Arbeitsplätze und Gewinne in das kommunistisch regierte Russland und China zu verlagern.

Der Schrecken der globalen Erwärmung ist vorbei. Sagt das mal jemand den ungebildeten wissenschaftlichen Analphabeten, die derzeit den einst freien Westen regieren, gegen den die verbitterten Feinde von Demokratie und Freiheit den Klimaschwindel selektiv, böswillig und profitabel ins Visier genommen haben?

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2021/12/02/the-new-pause-lengthens-by-a-hefty-three-months/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

## **Indiens „Net Zero“-Versprechen: Was bedeutet das in Wirklichkeit?**

geschrieben von Chris Frey | 7. Dezember 2021

[Tilak K. Doshi](#), [Real Clear Energy](#)

Als COP26 des UNFCCC zu Ende ging, wurde Indien in den Massenmedien zum [Prügelknaben](#), dem vorgeworfen wurde, der „Spielverderber“ in letzter Minute gewesen zu sein, indem es das Kommuniqué des Gipfels dazu zwang, die Formulierung über den „Ausstieg“ aus der Kohle zu einem bloßen „Ausstieg“ zu verwässern. Berühmtheit erlangte das Land auch dadurch, dass es bis zum Ende des Jahrzehnts 1 Billion Dollar an öffentlichen Geldern für sich selbst [forderte](#), die von den reichen Ländern aufgebracht werden müssten, wenn sie wollten, dass Indien seine Emissionen stark reduziert, um die „Klimakrise“ zu vermeiden. Setzen wir die Übertreibungen, die einen Großteil der Presseberichterstattung zum Abschluss des Gipfels prägten, in einen gewissen Kontext.

**Net Zero bis 2070**

Anfang 2021 gab es in den indischen Medien zahlreiche Spekulationen über die Pläne der Regierung für ein Netto-Null-Ziel. In einem Bericht wurde das Jahr 2047 – der hundertste Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens von der britischen Kolonialherrschaft – als mögliches Ziel genannt. Da China ein Netto-Null-Ziel für 2060 ankündigte und andere große Emittenten wie die EU, die USA, Japan und Südkorea ihre Netto-Null-Ziele bis 2050 zugesagt hatten, nahm der diplomatische Druck auf Indien in den Monaten vor dem Weltklimagipfel in Glasgow langsam, aber stetig zu, ein Netto-Null-Ziel anzukündigen.

Der US-Klimabeauftragte John Kerry besuchte Indien zweimal im Jahr 2021, im April und im September. Kerrys Besuche konzentrierten sich auf die Anhebung der Klimaziele im Vorfeld von COP26. Er schlug die Zusammenarbeit an einer 2030-Agenda für saubere und grüne Technologien vor und traf sich mit Ministern, politischen Entscheidungsträgern sowie führenden Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Bei seinen Gesprächen versuchte Kerry, Druck auf Indien auszuüben, damit es einem Netto-Null-Ziel bis 2050 zustimmt. Im September nahm Kerry an der Eröffnung des amerikanisch-indischen Dialogs über Klimamaßnahmen und die Mobilisierung von Finanzmitteln teil, der Teil der amerikanisch-indischen Partnerschaft für Klima und saubere Energie im Rahmen der Agenda 2030 ist und von Präsident Biden und Premierminister Modi während des Gipfels der Staats- und Regierungschefs zum Klima 2021 angekündigt wurde. Während seines Besuchs versuchte Kerry weiterhin, die Klimabestrebungen im Vorfeld von COP26 zu erhöhen.

Der Präsident der COP26 Alok Sharma besuchte Indien ebenfalls im August 2021 zu Gesprächen mit führenden Vertretern aus Ministerien, Industrie und Zivilgesellschaft. Während Modis Besuch in Washington Ende September 2021 veröffentlichte das Weiße Haus eine gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs Australiens, Indiens, Japans und der Vereinigten Staaten (genannt „die Quad“), in der das Ziel erörtert wurde, bis 2050 weltweit Netto-Null-Emissionen zu erreichen.

Kurz vor Beginn der COP26 wies der indische Umweltminister R.P. Gupta Forderungen zurück, sein Land solle ein Netto-Null-Emissionsziel bekannt geben. „Wichtiger ist die Frage, wie viel Kohlenstoff man in die Atmosphäre einbringt, bevor man das Netto-Null-Ziel erreicht“, sagte er. Zuvor hatte der indische Energieminister Raj Kumar Singh auf einer von der Internationalen Energieagentur organisierten Tagung im April, auf der die Klimaziele erörtert wurden, das von der EU und den USA vertretene Mantra „Netto-Null bis 2050“ als „Luftschloss“ bezeichnet. „800 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Strom. Man kann nicht sagen, dass sie auf Netto-Null gehen müssen, sie haben das Recht, sich zu entwickeln, sie wollen Wolkenkratzer bauen und einen höheren Lebensstandard haben, das kann man nicht verhindern.“

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2021/12/03/indias-net-zero-pledge-what-does-it-really-mean/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE